

Petition: Entlastungsmassnahmen für die Hinterbliebenen von im Kanton Zug verstorbenen Personen.

Meine persönliche Erfahrung, [...].

Sogleich nach [...] Ableben und übereinstimmend mit ZStV, (SR 211.112.2) gings wie folgt los:

- 1.) **Wegen Datenschutz** persönliche Kontaktaufnahme mit dem Zivilstandsamt [...], das mich nach [...] verwies (Bereich für div. Gemeinden), das von der Heimleitung, (gemäss ZStV) über das Ableben [...] bereits informiert war, zwecks Freigabe der amtlich benötigten Daten.
- 2.) **Wegen Datenschutz** persönliche Kontaktaufnahme mit dem Steueramt des Kt Zug, zwecks Freigabe der amtlich benötigten Daten. (Es ergab sich eine harte Auseinandersetzung, bis ich das Gebot der Verhältnismässigkeit (BV Art. 5 Abs. 2) durchsetzen konnte, dass, aufgrund der KESB-Bestätigung und des bestehenden Ehevertrages, der mich als Alleinerbe vorsieht, auf eine Inventaraufnahme zu verzichten sei.)
3. **Wegen Datenschutz** persönliche Kontaktaufnahme mit dem Erbschaftsamt der Gemeinde [...], zwecks Freigabe der amtlich benötigten Daten und mit gleicher harter Auseinandersetzung, wie vorangehend zu Ziffer 2.)
4. **Wegen Datenschutz** persönliche Kontaktaufnahme mit dem Bestattungsamt der Gemeinde [...], das zu informieren war, dass nach der Kremation keine sofortige Beisetzung erfolgt. Diese erfolge zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Und diese gesamte, aus blossen übersteigerten Datenschutzgründen amtlich ausgelöste Bürokratiebelastung fällt auf die Hinterbliebenen nächsten Angehörigen (bei mir für mich allein) im gleichen Zeitraum herein, wo bei einem Todesfall die Benachrichtigung des gesamten näheren und weiteren Kreises aller Familienangehörigen zu bewältigen ist.

Dazu meine Petition:

- A) Das Gemeindegesetz des Kt. Zug ist so zu ändern, dass in jeder Gemeinde eine Stelle geschaffen wird, in welcher mindesten eine private Person (DSG, SR 235.1, Art. 5, Bstb. j.), (oder mehrere private Personen) damit beauftragt ist (oder sind) im Kontakt und in Zusammenarbeit der Hinterbliebenen alle amtlichen Handlungen zu allen gemeindlichen und kantonalen Ämtern zu organisieren und zwischen ihnen zu koordinieren, die sich aufgrund einer im Kanton Zug verstorbenen Person gesetzlich ergeben. Die Hinterbliebenen erklären dazu den Datenschutz, der verstorbenen Person und für sich selbst, soweit wie amtlich unumgänglich, für aufgehoben.
- B) Für sämtliche, damit sich ergebenden amtlichen Tätigkeiten von im Kt. Zug Verstorbenen, die vor ihrem Tod mindesten ein Jahr oder länger im Kt. Zug gelebt haben, werden keine Gebühren erhoben.

Begründungen:

Zu A):

Das Datenschutzgesetz (DSG) ist ein staatsrechtlich dispositives Recht und keinesfalls ein zwingendes. Dieses als zwingendes auszulegen, wäre nicht nur ein Verstoss gegen das Gebot der Verhältnismässigkeit (BV Art. 5 Abs. 2) sondern auch gegen das Recht auf Selbstbestimmung gemäss EMRK Art. 8.

Der Datenschutz hat eine im täglichen Leben spürbar beeinträchtigende soziale Schattenseite. Die Datenschutzgesetzgebung huldigt und beruht auf der übersteigert asozialen Weltanschauung, dass jeder Mensch nur des andern Menschen Feind sei und deshalb müsse der Staat eingreifen und die Daten jedes Menschen von den Daten des andern schützen, was zu einer massiven Einschränkung und Behinderung des täglich einträchtigen sozialen Lebens führt. Hier auf das Sterben des Menschen bezogen bewirkt diese Anpassung des Gemeindegesetzes, dass sich die nächsten Angehörigen einer verstorbenen Person in ihrer Leid- und Trauerverarbeitung auf alle erforderlichen Kommunikationstätigkeiten beschränken und konzentrieren können, die sich mit dem Hinschied einer nahe stehenden Person ergeben.

Zu B):

Wenn jemand (freien Willens) ins Ausland verreisen will, benötigt er/sie dazu die Anfertigung eines Reisepasses. Das ist eine mit einer Gebühr einhergehende kostenpflichtige staatliche Dienstleistung. Demgegenüber ist der Antritt zur Reise in die Ewigkeit, eine für jeden Menschen irgendwann mal unausweichlich und unvermeidlich zwingende und erzwingt folglich auch einen "staatlich ausgestellten Pass zu dieser Reise in die Ewigkeit", nämlich die vorausgehend aufgezeigten staatlichen Dienstleistungen Nr. 1.) bis 4.) Diese Kosten für diese gesetzlich erzwungene staatliche Dienstleistung sind mit den bezahlten Steuern (von mindestens einem Jahr oder mehr) als bereits abgegolten zu erachten.

Wegen dem Diskriminierungsverbot (BV Art. 8) dürfen aber jene wenigen, die infolge Armut keine Steuern zu bezahlen haben, von dieser Kostenbefreiung nicht ausgeschlossen werden. Deshalb gilt diese Kostenbefreiung für sämtliche im Kt. Zug verstorbenen Personen, die mindestens ein Jahr im Kt. Zug gelebt haben. Damit diese Kostenbefreiung aber nicht für einen "Sterbetourismus" in den Kt. Zug missbraucht werden kann, bedarf es einer gewissen Mindestdauer des Aufenthaltes. ((NB: Und wie schon zur Vorlage Nr. 4102.1) gilt auch dazu: Bedauerlicherweise lässt sich auch dazu die Haltung rechtlich nicht umsetzen, dass der Kanton, mit seiner Finanzkraft, zuerst für seine Einwohner sorgt, bevor er damit Geld an die anderen Kantone verschenkt.))